

„Uns bleibt keine Wahl – Kohleausstieg bleibt Handarbeit!“

Prozess gegen Klimaschützer_innen eingestellt + + ehemalige Landesvorsitzende der Grünen, Monika Düker, uneinsichtig + + Spontane Demonstration zur Parteizentrale der Grünen NRW

Düsseldorf, 30.10.14 Der Prozess gegen sechs der Klimaaktivist_innen, die im letzten Sommer die Parteizentrale von Bündnis90/Die Grünen NRW besetzten, wurde heute im Amtsgericht Düsseldorf eingestellt. Im Anschluss an den Prozess zogen ca. 30 Personen in einer Spontandemonstration vom Gerichtsgebäude zur neuen Geschäftsstelle der Partei.

Im Gerichtssaal standen sich MdL Monika Düker und die Klimaschützer_innen gegenüber. Im Vorfeld der Verhandlung hatten die Grünen trotz mehrerer Kommunikationsversuche von Seiten der Besetzer_innen und Kritik aus der Klimabewegung und der Grünen Jugend die Anzeige aufrechterhalten. Auch auf den wiederholten Hinweis von Richterin und Staatsanwalt, dass die Strafanzeige noch immer zurückgezogen werden kann, blieb Düker ihrer harten Linie treu. Auf Nachfrage räumte sie eine Diskrepanz zwischen Wahlversprechen und Regierungshandeln ein. Dementsprechend wurde das Verfahren aufgrund der nachvollziehbaren Motivation der Aktivist_innen und der geringen Schuld eingestellt.

„Die Grünen haben auch heute wieder gezeigt, dass sie eher bereit sind, die Kriminalisierung von Klimaaktivist_innen zu verantworten als endlich konsequenten Klimaschutz umzusetzen und den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern. Sie entfernen sich damit weiter von der Klimabewegung und von ihren eigenen Wurzeln als Bewegungspartei“, so Timmo Krüger als einer der Angeklagten.

Bereits vor dem Prozess fanden sich ca 40 Unterstützer_innen vor dem Amtsgericht ein und bekundeten ihre Solidarität mit Transparenten und Sprechchören. „Die Absurdität dieses Verfahrens macht noch einmal mehr deutlich: Kohleausstieg bleibt auch in Zukunft Handarbeit“, äußerte sich Melanie Schubert als eine der anwesenden Klimaaktivist_innen. Derzeit ziehen ca. 30 Personen in einer spontanen Demonstration vom Gericht zum Landesparteibüro der Grünen. Dabei wurden sie von einem Großaufgebot von über 40 Polizist_innen zunächst am Weitergehen gehindert.

Grund der Verhandlung war die Besetzung der Landesparteizentrale von Bündnis 90/Die Grünen NRW am 30. August 2013 im Rahmen des Klimacamps im Rheinland. 13 Aktivist_innen kritisierten damit das unzureichende Klimaschutzgesetz der rot-grünen Landesregierung und die zögerliche Politik der Grünen im Fall der Kohlekraftwerke BoA Plus und Datteln IV. Die Grünen hatten im Wahlkampf angekündigt, neue Kohlekraftwerke verhindern zu wollen, einigten sich jedoch nach der Wahl mit ihrem Koalitionspartner, der SPD, darauf, die Entscheidung über laufende Kraftwerksneubauten den Gerichten zu

überlassen. Die Forderung der Aktivist_innen nach Veröffentlichung ihrer Pressemitteilung über den Pressemitteiler der Grünen wurde abgelehnt und nach nur knapp zwei Stunden begann die Räumung durch die Polizei.

Weitere Informationen finden Sie auf unserem Blog:

www.gruenebesetzt.blogspot.eu

und auf unserer Facebookseite: www.facebook.com/gruenenbesetzerinnen

E-Mail: aktiongruenenbuero@riseup.net